

chef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlag: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MR 53), Rathaus 3, Siege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Siege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
Satz in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile, Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 23. Februar 1987

Blatt 371

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Hirnschall fordert bessere Kontrolle der Wohnbaugenossenschaften (375)

Kommunal/Lokal:

Info-Zentrum Donauraum vorübergehend geschlossen (372/FS: 21.2.)

Run auf Projekt „Medizin und Gesundheit 2000“ (373/FS: 22.2.)

Eine soziale Kommunalpolitik sichert Grundbedürfnisse (376-378)

ÖVP-Wien für Tieflegung der B 1 (379)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Sport:

Aktion „Komm zum Sport“ bereits ab Frühjahr (374)

Info-Zentrum Donaauraum vorübergehend geschlossen

Wien, 21.2. (RK-KOMMUNAL) Aufgrund der Jurysitzungen im Rahmen des Wettbewerbes „Chancen für den Donaauraum Wien“ bleibt das Info-Zentrum Donaauraum in der Halle P des Wiener Messepalastes vorübergehend geschlossen.

Voraussichtlich am Freitag, dem 6. März, um 10 Uhr wird die Jury in einer Pressekonferenz das Ergebnis vorstellen. Von Dienstag, den 10. März, bis Donnerstag, den 30. April, wird im Info-Zentrum Donaauraum die nächste Phase des Bürgerbeteiligungsverfahrens beginnen.

In einer zusammenfassenden Ausstellung werden die schon bisher präsentierten Informationen für Wettbewerbsteilnehmer, die Einsendungen zum Aufsatz- und Zeichenwettbewerb für Schüler, die eingelangten Arbeiten im Rahmen des Offenen Wettbewerbes, des Parallelwettbewerbes und des Ziviltechnikerwettbewerbes und selbstverständlich das Jury-Ergebnis zu sehen sein. Ein Video-Film ergänzt die Informationen.

Anhand eines Fragebogens sollen Interessenten ihr Urteil über das Wettbewerbsergebnis abgeben.

Die Ausstellung wird ab 10. März folgende Öffnungszeiten haben: Montag 9 bis 16 Uhr, Dienstag und Mittwoch 9 bis 19 Uhr, Donnerstag und Freitag 9 bis 16 Uhr und Sonntag 9 bis 12 Uhr; an Samstagen und Feiertagen bleibt sie geschlossen. (Schluß) lf/gg

Bereits am 21. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Run auf Projekt „Medizin und Gesundheit 2000“

Bereits über 860 Wiener Ärzte gemeldet

Wien, 22.2. (RK-KOMMUNAL) Bereits über 860 Wiener Ärzte sind der Einladung von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER gefolgt, an einem Projekt „Medizin und Gesundheit 2000“ aktiv teilzunehmen.

Damit wirkt jeder zehnte Arzt in Wien mit, das Bild unseres Gesundheitswesens zu Beginn des 3. Jahrtausends zu entwerfen. In sechs Arbeitskreisen mit insgesamt über 50 Untergruppen werden sich die Ärzte Wiens mit der medizinischen Zukunft auseinandersetzen und dabei u. a. Fragen des medizinischen Umweltschutzes, der Qualitätskontrolle, der Mitsprachemöglichkeit der Patienten, der Selbsthilfegruppen, der Psychosomatik und der alternativen Medizin erörtern.

Erster Arbeitskreis konstituiert

In der vergangenen Woche fand die Konstituierung des ersten Arbeitskreises unter der Leitung von Gesundheitsstadtrat Dr. Stacher und Ärztekammerpräsident Dr. NEUMANN und des Spitalsexperten Dr. SCHMIDL statt.

„Kaum ein Bereich unseres Lebens entwickelt sich so rasant wie die Medizin“, betonte Stadtrat Dr. Stacher bei der Eröffnung. „Ich bin überzeugt, daß wir in 13 Jahren, im Jahr 2000, mit einem in vielen Bereichen völlig neuen Bild der Medizin konfrontiert sein werden“ — sagte Stacher — „die Zukunft hat schon längst begonnen“. Ständig werden neue Heilmethoden entwickelt, aber es treten vermehrt auch neue Krankheiten auf. Die erste Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit „Organisation und Strukturen“ des Medizin-Betriebes. Stacher begrüßte die demokratische Zusammensetzung der einzelnen Gruppen: Universitätsprofessoren und Primärärzte sind ebenso zahlreiche vertreten wie niedergelassene praktische Ärzte und Jungärzte. Auch die ausgewogene Teilnahme der einzelnen Medizinfächer ist durch die überaus große Zahl der Anmeldungen zum Zukunftsprojekt gewährleistet.

Erste Ergebnisse der Arbeit werden noch heuer vorgelegt. (Schluß) red/gg

Bereits am 22. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Aktion „Komm zum Sport“ bereits ab Frühjahr

Wien, 23.2. (RK-SPORT) Schon im Frühjahr, mit dem Meisterschaftsspiel des Fußballmeisters Austria Memphis gegen den LASK am 14. März, wird die diesjährige Aktion „Komm zum Sport“ gestartet. Sportstadtrat Franz MRKVICKA, auf dessen Initiative in den vergangenen Jahren beträchtliche Mehreinnahmen aus dieser Aktion erzielt werden konnten, erklärte in einem Gespräch gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“: „Wir haben uns dazu entschlossen, im Frühjahr zu beginnen, weil große Veranstaltungen wie etwa der Frühlingsmarathon, das Fußball-Länderspiel gegen Spanien und die Eishockey-Weltmeisterschaft in der ersten Hälfte des Jahres zur Durchführung kommen und weil wir erstmals auch zur aktiven Teilnahme aufrufen wollen.“ Die Aktion läuft erstmals das ganze Jahr über.

Wie schon im vergangenen Jahr wird ein VIP-Paß zum Preis von 150 Schilling für Erwachsene und 50 Schilling für Kinder aufgelegt, der zahlreiche, überaus attraktive Begünstigungen enthalten wird. Neu ist, daß man auch ermäßigt am Stadtmarathon oder an einem der zwei Frühlingsläufe am 5. April teilnehmen kann.

Ohne Zweifel ist der VIP-Paß noch um vieles attraktiver geworden: Zu den 30 Begünstigungen zählen gleich zweimal der kostenlose Besuch eines Meisterschaftsheimspiels der Fußballspitzenvereine Austria, Rapid, Sportclub und Vienna, und zwar je ein Spiel im Frühjahr und eines im Herbst. Weiters wird unter anderem angeboten: 50 Schilling für ein Vorrundenspiel zur Eishockey-WM in der Stadthalle und zur Rad-Bahn-WM im Ferry-Dusika-Stadion. 30 Schilling Ermäßigung zu den Qualifikationsspielen Österreichs gegen Spanien und Rumänien, kostenlos zu einem Herbstspiel des Eishockeyklubs WEV, 40 Schilling Ermäßigung zum CA-Tennis-Cup oder je eine 50prozentige Ermäßigung für einen Renntag in der Freudenau und Krieau sowie eine 50 Schilling-Ermäßigung für die Z-Radnacht am 11. April.

Stark ermäßigt ist erneut der Besuch einer Vorstellung im Raimundtheater oder Volkstheater sowie der Revue „Holiday on Ice“ und „ATA“ im Jahre 1988 in der Wiener Stadthalle möglich. Zur aktiven Teilnahme ist nicht nur zum Marathon aufgerufen. So besteht die Möglichkeit, kostenlos in einem der Städtischen Hallenbäder oder im Stadionbad schwimmen zu gehen oder um 50 Prozent ermäßigt am Eisring Süd oder in der Donauparkhalle eizulaufen.

„Aufgrund des Erfolges im vergangenen Jahr war es für uns keine Frage, die Aktion mit den VIP-Pässen fortzusetzen“, meinte Sportstadtrat Franz Mrkvicka, der betonte, daß der Reinerlös wieder zur Gänze auf die Wiener Vereine in den verschiedensten Bereichen aufgeteilt wird.

Da sich im Vorjahr die Mitarbeit der Vereine und Verbände schleppend gestaltete, wurden auch hier neue Wege beschritten, die einen großen Erfolg garantieren. „Die sehr schwierige Vertriebsorganisation hat in diesem Jahr die 'Krone' übernommen, wofür ich danke“, erklärte Mrkvicka, der aber zugleich darauf hinwies, daß es eine Aktion ist, die ganz Wien betrifft.

Für „Komm zum Sport 1987“ stehen wieder Sonderförderungsmittel in der Höhe von 4 Millionen Schilling bereit, wovon die Fußballklubs Austria und Rapid (je 800.000 Schilling) sowie der Sportclub und Vienna (je 500.000 Schilling), die ja ein Meisterschaftsspiel zur Verfügung stellen, den größten Anteil erhalten. Im ersten Paket der Förderungsmaßnahmen miteinbezogen sind unter anderem die Handball-Spitzenklubs WAT Margareten und Union-Westwien sowie der Eishockey-Spitzenklub WEV. (Schluß) hof/gg

Hirnschall fordert bessere Kontrolle der Wohnbaugenossenschaften

Wien, 23.2. (RK-POLITIK) Durch nicht weitergegebene Provisionen, die Wohnbaugenossenschaften heimlich von Bau- und Baustofffirmen sowie Professionisten gewährt worden seien, sollen Mieter und Wohnungseigentümer geschädigt worden sein, erklärte der Klubobmann der FPÖ im Wiener Rathaus, Dr. Erwin HIRNSCHALL, im Rahmen einer Pressekonferenz.

Hirnschall bezog sich auf eine Dokumentation in der heutigen Ausgabe eines Nachrichtenmagazins, in der berichtet wird, daß eine Privatfirma für geliefertes Fassadenputzmaterial, das für Wohnbauten einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft bestimmt war, Sonderrabatte an diverse SPÖ-Organisationen überwiesen haben soll. Diese Gelder hätten rechtmäßig den Mietern bzw. Wohnungseigentümern der einzelnen Wohnhausanlagen gutgeschrieben werden müssen, sagte Hirnschall. Hirnschall forderte eine verbesserte Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen sowie eine Selbstanzeige und Schadenswiedergutmachung von Bauvereinigungen, bei denen ähnliche Vorgänge passiert seien. (Schluß) ah/rr

Eine soziale Kommunalpolitik sichert Grundbedürfnisse

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Eine angemessene Wohnung, Arbeit, ausreichende Ernährung, Kleidung und Freizeit zu haben — das sind für die meisten Menschen die wichtigsten Lebensgrundlagen. Der Grad der Sicherung dieser Grundbedürfnisse wird in unserer Gesellschaft durch soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen bestimmt.

Die Wiener Kommunalpolitik sieht eine ihrer Aufgaben darin, diese Grundbedürfnisse der Menschen zu sichern und soziale Ungleichgewichte — mit all ihren Folgeerscheinungen — etwa durch eine gezielte und aufeinander abgestimmte Arbeitsmarkt-, Wohnungs- oder Sozialpolitik auszugleichen. Erfolgreich war diese Politik, weil neue Aufgabenstellungen stets rechtzeitig erkannt und adäquate Lösungen gesucht wurden, erklärten Sozialstadtrat Ingrid SMEJKAL und Wohnbaustadtrat Rudolf EDLINGER heute in einer gemeinsamen Pressekonferenz.

Gestiegene Wohnkosten in Wien

So stellen etwa die in den letzten Jahren gestiegenen Wohnkosten die kommunale Wohn- und Sozialpolitik vor eine neue Aufgabe.

Eine 1985 vom Jugendamt der Stadt Wien in Auftrag gegebene Repräsentativumfrage ergab, daß die Wohnkosten (Miete, Betriebskosten, Strom- und Heizkosten, Rückzahlung von Wohnungskrediten) das Budget eines Wiener Durchschnittshaushaltes mit 22 Prozent belasten; bei sozial Schwachen noch mehr.

Durch eine Fülle politischer und administrativer Maßnahmen im Bereich der Wohn- und Sozialpolitik versucht die Stadt Wien laufend, mögliche Nachteile für sozial schwache Bevölkerungsgruppen zu vermeiden, sagte Stadtrat Smejkal.

Soziale Wohnungspolitik kostet Geld

Diese soziale Orientierung der Wiener Kommunalpolitik vollzieht sich nicht automatisch, sondern läßt Probleme und Konfliktsituationen entstehen. So ist es den strengen Rechnungsprüfern des Kontrollamtes der Stadt Wien nicht entgangen, daß die städtische Wohnhäuserverwaltung beim „Eintreiben“ von Mietzinsrückständen manchmal „ein Auge zudrückt“. Zu langes Zuwarten bei Kündigungen, Räumungsklagen und Delogierungen in den Jahren 1982 bis 1985, so der Tätigkeitsbericht 1986 des Kontrollamtes, habe „unterm Strich“ den Gesamtmietzinsrückstand bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung nominell mehr als verdoppelt.

Nicht ganz so dramatisch erscheint diese Entwicklung allerdings dann, wenn man die Zahlen in richtige Relationen bringt: Tatsächlich betrug der Mietzinsrückstand 1982 mit 62,95 Millionen Schilling etwa 2,1 Prozent der gesamten Mietzinsvorschreibungen in den über 220.000 Wohnungen und Lokalen (1982: 2,95 Milliarden Schilling). 1985 betrug der Mietzinsrückstand zwar 129 Millionen Schilling, blieb aber mit 3,1 Prozent der Gesamtvorschreibungen (4,12 Milliarden Schilling) vergleichsweise gering, erklärte Stadtrat Edlinger.

Mietzinsrückstände sind oft klein und kurzfristig

Die Zahl der Mietzinsrückstände betrug 1985 18.258 Fälle. Rund 82 Prozent der Rückstände betragen allerdings weniger als 10.000 Schilling. Etwa die Hälfte betroffener Hausbewohner begleicht den Rückstand nach der ersten Mahnung, ein weiteres Viertel bis spätestens nach Einbringen der Räumungsklage durch die Wohnhäuserverwaltung. 1985 kam es nur in 384 Fällen zu einer Delogierung, 1986 in 379 Fällen.

Frühwarnsystem bei Delogierungsgefahr

In besonderer Rücksichtnahme auf sozial schwächere Bevölkerungsgruppen bei Mietzinsrückständen, Kündigungen oder Delogierungen verstärkt das Jugendamt der Stadt Wien die sozialen Hilfen bei Wohnungsproblemen. Die Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter bieten Beratung und Hilfestellung an, damit gefährdete Familien Mietzinsrückstände begleichen bzw. Ratenvereinbarungen treffen können, betonte Stadtrat Smejkal.

Im Rahmen des mit der Wohnhäuserverwaltung vereinbarten „Frühwarnsystems“ werden die Bezirksjugendämter informiert, um rechtzeitig Rat und Hilfe anbieten zu können, wenn durch drohende Räumungsklagen oder Delogierungen Kinder mitbetroffen wären. In diesem Zusammenhang steht auch ein Minus-Rekord des Jugendamtes der Stadt Wien: So mußten 1986 nur 729 Kinder neu in ein Heim oder eine Pflegefamilie aufgenommen werden. Das sind um 169 Kinder oder 19 Prozent weniger als 1985. Auch die Zahl jener Kinder, die aufgrund von Wohnungsproblemen der Familien vom Jugendamt untergebracht werden mußten, sank von 8 Prozent 1985 auf 6 Prozent im Vorjahr.

Rücksicht auf finanzielle Leistungskraft der Gemeindemieter

Auch die Wohnhäuserverwaltung und ihre Beamten sind bestrebt, in größtmöglichem Maß auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeindemieter Rücksicht zu nehmen. Mit der Einbringung gerichtlicher Kündigungen oder von Exekutionsanträgen wird oft bis zum äußersten Zeitpunkt gewartet, um alle Möglichkeiten (Stundung, Ratenzahlung, usw.) zu prüfen und alle notwendigen Vorerhebungen gewissenhaft durchführen zu können. Der Umstand, daß ein Sachbearbeiter dabei für durchschnittlich 5.000 Wohnungen — also praktisch eine Kleinstadt — zuständig ist, erschwert es beträchtlich, allen Aufgaben pünktlichst nachzukommen, erklärte Edlinger.

Administrative Verbesserungen in der Wohnhäuserverwaltung

Das Anwachsen von Mietzinsrückständen — übrigens nicht nur in städtischen Wohnhäusern — ist ohne Zweifel wenig erfreulich. Es werden daher viele Anstrengungen unternommen, um die Rückstände zu verkleinern und abzubauen. Wo dies durch administrative Verbesserungen erfolgen kann, geschieht das auch: Seit Juli 1986 ist im Bereich der städtischen Wohnhäuserverwaltung MA 52 ein automationsgestütztes Rechnungssystem in Funktion, das künftig eine rechtzeitige Zustellung von Mahn- und Kündigungsschreiben ermöglichen wird. Die Mahnschreiben selbst werden klarer formuliert, die rechtlichen Folgen einer Nichtbezahlung deutlicher hervorgestrichen, ohne daß allerdings die bürgerfreundliche Textierung wieder verlorengelht. Bei jenen rund 1.200 von insgesamt 17.400 Wohnbeihilfenbeziehern in städtischen Wohnhäusern, wo es zu Zahlungsverzug kommt, soll künftig die Wohnbeihilfe nicht mehr ausbezahlt, sondern direkt an die Wohnhäuserverwaltung zum Zweck einer entsprechenden Senkung des Mietzinses überwiesen werden, um eine mißbräuchliche Verwendung zu verhindern, betonte Edlinger.

Sozialpädagogische Familienbetreuung projiziert

Durch ein neues Projekt „Sozialpädagogische Familienbetreuung“ will das Jugendamt, so Smejkal, ab Herbst 1987 Erfahrungen, die im deutschsprachigen Ausland mit der „Familienhilfe“ gemacht wurden, auch in Wien nützen. Ziel des Projektes, bei dem die Betreuer zeitweise mit der betroffenen Familie „leben“, ist es, jenen Familien, die durch schwerste soziale Belastungen gefährdet sind, effektive Hilfe anbieten zu können. Eine Hilfe,

Forts. von Blatt 376

Forts. auf Blatt 378

die direkt im Haushalt greift und sich unmittelbar auf Haushaltsführung und -planung, Bewältigung wirtschaftlicher Probleme, Kinderbetreuung sowie allgemeine Beratung und Stützung zur Lebensführung bezieht. Derzeit befindet sich das Projekt mit ersten Modellversuchen im Vorbereitungsstadium.

Solidarische Einstellung der Gesellschaft notwendig

Durch die angeführten und weitere in Vorbereitung befindliche Maßnahmen sowie die Erweiterung des Beratungsnetzes sowohl in der Wohnhäuser- wie auch in der Sozialverwaltung sollen auftretende Notstände künftig noch frühzeitiger erkannt und dadurch effektiver bekämpft werden können. Grundvoraussetzung für gezielte Hilfestellungen und eine Realisierung notwendiger Maßnahmen ist das Verständnis aller und eine solidarische Einstellung der Gesellschaft zu sozial Schwachen. Wiens kommunale Wohn- und Sozialpolitik soll dort helfen können, wo Hilfe notwendig und aus humanen Überlegungen gerechtfertigt ist. (Schluß) ah/jel/gg

Forts. von Blatt 377

ÖVP-Wien für Tieflegung der B 1

Busek: Die Wiener ÖVP ist gegen die „harte Stadterneuerung“

Wien, 23.2. (RK-KOMMUNAL) Um auszuschließen, daß die Flötzersteig-Einfahrt wiederaufstehen könne, solle diese Straße aus dem Bundesstraßengesetz herausgenommen werden. Das forderten ÖVP-Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, Zweiter Landtagspräsident Fritz HAHN und VP-Gemeinderat Dipl.-Ing. REGLER Montag vormittag in einem Pressegespräch, in dem zu den bisher vorliegenden Ergebnissen der Gürtelkommission und zu Fragen der Stadterneuerung Stellung genommen wurde.

Zu den Planungen der Gürtelkommission meinte GR. Regler, es dürfte bereits sicher sein, daß sehr viel Geld für „Nichtergebnisse“ ausgegeben worden sei. Er sprach sich für

- eine Tieflegung der Bundesstraße B 1 in das Wienbett aus, was auch von der ÖVP-Hietzing und Penzing gefordert werde und auch die Schönbrunner Straße verkehrsberuhigen könnte.
- Auf dem Südgürtel solle eine Tieflegung der Straßenbahntrasse überlegt werden.
- Die Unterführung des Gürtels unter den Europaplatz solle gebaut werden, weil hier mit verhältnismäßig wenig Geld ein großer Effekt erzielt werden könne. Es gäbe dann die Möglichkeit, den Europaplatz fußgänger- und radfahrerfreundlich zu gestalten.
- Auf dem Westgürtel solle bei der Nußdorfer Straße eine Unterführung errichtet werden. Dort, wo die Fahrbahnen zur Mitte gerückt werden können, sollen zuerst Bäume an den Häuserfronten gepflanzt werden, ehe die Bäume in der Mitte gefällt werden.

Grundsätzlich sollten die Planungen der Gürtelkommission in den verschiedenen Varianten den Bürgern und den Bezirken zur Entscheidung vorgelegt werden.

Kritik an Stadterneuerung

Präsident Hahn kritisierte, daß die Arbeit in den acht Stadterneuerungsgebieten stagniere. Er würdigte die ausführliche Beantwortung einer Anfrage durch Stadtrat Rudolf EDLINGER, bezeichnete die Ergebnisse aber als eher deprimierend. Am positivsten sind die 104 Hofbegrünungen, die bereits durchgeführt wurden. Von sieben beschlossenen Park- und Grünanlagen seien jedoch erst vier ausgeführt worden. Es sei bisher noch keine Haussanierung durchgeführt worden, in Realisierung begriffen seien 13; 179 Sanierungen seien beschlossen, aber noch nicht in Angriff genommen. Die ÖVP akzeptiere die verschiedenen Untersuchungsergebnisse, nun müsse in den Stadterneuerungsgebieten mehr geschehen. Präsident Hahn forderte in diesem Zusammenhang auch den Bau von Hochgaragen in den Untersuchungsgebieten. Vizebürgermeister Busek stellte fest, daß für die Wiener ÖVP eine „harte Stadterneuerung“ nicht in Frage käme. Er kritisierte, daß den Mietern aus den Erneuerungsgebieten viel zu teure Gemeindewohnungen angeboten würden. Man müßte ihnen billigere Gemeindewohnungen aus der Zwischenkriegszeit zur Verfügung stellen. Außerdem müsse man das Wohnumfeld durch mehr Grün verbessern. Auch Busek sprach sich für den Bau von Hochgaragen aus. (Schluß) sc/rr